Bildung zwischen den Meeren

Zeitschrift der GEW Schleswig-Holstein Nr. 1-2/2023

Foto: iStock

Aus der Praxis
Neue Dienstgeräte für Lehrkräfte
Seite 4

Schwerpunkt
Perspektiven der beruflichen Bildung
Seite 7

GEW-Arbeit
GEW-Bildungstag am 23. März 2023
Seite 17

Auf der Tagesordnung
03 **Mit Elan und neuem Outfit ins Neue Jahr**

Aus der Praxis
04 **Mit neuen Dienstgeräten für Lehrkräfte alles paletti?**
Ergebnis der GEW-Mitgliederbefragung

Dein gutes Recht
06 **Keine Anträge mehr auf amtsangemessene Alimentation?!**

06 **Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte auf Klassenfahrt**

Foto: vecteezy

Schwerpunkt berufliche Bildungsperspektiven

07 **Wir brauchen einen Masterplan für berufliche Bildung**
Gespräch mit Jan Nissen
Referatsleiter im Ministerium
für Allgemeine und Berufliche Bildung

08 **Ausbildungsgarantie für alle – jetzt!**
Neue Wege gegen die Misere
auf dem Ausbildungsmarkt

10 **Berufsschulklassen in Gefahr?**
Landesfachgruppe BS setzt sich mit der
Schulentwicklungsplanung auseinander

12 **Berufliche Bildungsperspektiven für alle!**
Kindertageseinrichtung auf dem Gelände
des Berufsbildungszentrums (BBZ) Schleswig

14 **Werkstatttage**
Berufsvorbereitung im Kreis
Herzogtum Lauenburg mal anders gemacht!

Glosse
15 **Es sind so zarte Kinderseelen**

Daten, Zahlen, Fakten
16 **Mehr Fragen als Antworten**
Ergebnisse der Simulation der
fächerbezogenen Lehrkräftebedarfe

GEW-Arbeit
17 **GEW-Bildungstag am 23. März 2023**
Schule unter besonderen Herausforderungen
Bildungstag – Vortrag und Workshops

19 **Schülerschule Pinneberg:**
Mehr Geld für Beschäftigte
Tarifabschluss in schwierigen Zeiten

20 **Vielfalt leben – Inklusion gestalten**
28. GEW-Fachtagung für
sozialpädagogische Berufe

20 **Treffen der Senior*innen**
KV Plön, GEW-Jubiliare

21 **Mangelhafter Lärmschutz**
in fast allen Schulgebäuden
GEW-Online-Treffen wirbt für
Arbeits- und Gesundheitsschutz

Kurz & knackig
22 **Tipps, Hinweise und Termine**

Notizen
23 **Notizen aus dem Gewerkschaftshaus**
23 **Impressum**

Zu guter Letzt
24 **Plakat GEW-Bildungstag**

Mit Elan und neuem Outfit ins Neue Jahr

Wir werden den Elan brauchen. Es gibt nichts geschenkt und nur das, was wir uns erkämpfen.

Foto: GW SH

von Astrid Henke
Landesvorsitzende der GEW Schleswig-Holstein

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele von euch kennen das: Ins neue Jahr mit guten Vorsätzen und neuen Vorhaben. Oftmals gehen wir mit richtig viel Elan ins neue Jahr! Umso stärker fühlten sich viele Lehrkräfte am ersten Samstag des neuen Jahres hart ausgebremst. Beim Blick in die „Kieler Nachrichten“ werden sie mit den Erwartungen und Anforderungen der Bildungsministerin Karin Prien konfrontiert – nicht an sich selbst, sondern ausschließlich an die Schulen und Lehrkräfte. Die Grundschulen sollen den Kindern die Vermittlung von Mindeststandards garantieren. Hier werden die Zuständigkeiten verdreht! Natürlich, die Lehrkräfte sind verantwortlich, die Schüler*innen so gut es geht zu fördern und zu unterstützen. Aber die Ministerin hat die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Bedingungen für die Arbeit stimmen. Sie muss dafür sorgen, dass es Lehrkräfte für den Unterricht gibt. Sie steht in der Verantwortung, die Fortbildung und Qualifizierung der Lehrkräfte zu gewährleisten.

Klar ist: die Bedingungen stimmen nicht.

Die Personalbeschaffung wird bei den Schulleiter*innen abgeladen, die Arbeitsbelastungen sind zu hoch und die Lehrkräfte sollen zudem zwischen Unterricht und Unterrichtsvorbereitung oder Konferenz zur Fortbildung durchs Land hetzen, um dort festzustellen, dass die Inhalte kalter Kaffee sind und nicht weiterführen. Die Verantwortlichkeit für die fehlenden Fachlehrkräfte in den Mangelfächern macht Frau Prien schnell aus. Es sind – natürlich – die Lehrkräfte, sie studieren einfach „nicht die richtigen Fächer“.

Gut, dass wir uns in der GEW den Elan bewahrt haben!
Für bessere Bedingungen zu kämpfen in den Schulen.

Sonst werden der Ministerin die Bildungsergebnisse auch in Zukunft nicht schmecken und die Bildungsgerechtigkeit für die Kinder weiter beschränkt sein.

Gut, dass wir uns in der GEW den Elan bewahrt haben!
Für die neue E&W, die „BILDUNG ZWISCHEN DEN MEEREN“.

Vielleicht hat euch das neue Outfit überrascht. Inhaltlich soll es dabei bleiben: praktische Tipps für den pädagogischen und rechtlichen Alltag, Informationen zur Gewerkschaftsarbeit, ein Schwerpunktthema und auch etwas zum Schmunzeln werden wie bisher die Inhalte der Zeitschrift bestimmen. Nur noch besser, attraktiver und ansprechender!

Vieles hat sich im Erscheinungsbild der Zeitschrift geändert. Die Redaktion hat den Veränderungsprozess breit und fundiert aufgestellt. Bei einer Mitgliederbefragung im September 2021 zur „E&W Schleswig-Holstein“ wurde deutlich: trotz aller Zufriedenheit besteht Handlungsbedarf. Dieser wurde im Laufe des Jahres 2022 genauer identifiziert. Veränderungen an einer Zeitschrift, die vorrangig für ihre Mitglieder da ist, finden sicher nie die Zustimmung aller zu 100 Prozent. Deshalb gab es keine „abgehobenen“ Entscheidungen, sondern die breite Beteiligung von Mitgliedern und Vorständen beim Veränderungsprozess und aus dem Nähkästchen geplaudert, sogar auch knappe Mehrheitsentscheidungen.

Die Mitgliederzeitschrift braucht euch als Leser*innen, als Ideengeber*innen, als Mitgestaltende! Deshalb bittet euch die Redaktion und lädt euch herzlich ein:

- Nennt gerne Themenwünsche für die einzelnen Rubriken
- Meldet euch, wenn ihr einen Artikel zu einem Thema schreiben wollt.

An dieser Stelle bedanke ich mich besonders herzlich bei allen, die an der Neugestaltung mitgewirkt haben, allen voran natürlich bei Matthias Heidn als Schriftleiter.

Es war viel Arbeit, sie hat sich aber gelohnt – das ist meine Meinung! Was meint ihr? Wir freuen uns auf eure Rückmeldungen und Hinweise.

Gut, dass wir uns in der GEW den Elan bewahrt haben!
Für die Tarifrunden, die anstehen.

Gemeinsam werden wir in den nächsten Monaten kämpfen für 10,5 Prozent bzw. mindestens 500 Euro Gehaltssteigerung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen. In dieser Runde geht es um die Gehälter der sozialpädagogischen Assistentinnen und Erzieherinnen in den kommunalen Kitas. Im Herbst steht die Tarifrunde TV-L für die Landesbeschäftigten und Beamt*innen an.

Wir werden den Elan brauchen. Das Finanzministerium hat schon erklärt, dass sie uns nichts schenken werden, keinen Inflationsausgleich einfach so. Es gibt nur das, was die Beschäftigten mit den Gewerkschaften erreichen. Für ein gutes Ergebnis werden wir kämpfen müssen.

Mit neuen Dienstgeräten für Lehrkräfte alles paletti?

Ergebnis der GEW-Mitgliederbefragung. Die hohe Beteiligung zeigt: das Thema brennt den Kolleg*innen unter den Nägeln!

von Kerstin Quellmann und Susanne Melchior

Wie läuft es mit den neuen Dienstgeräten für Lehrkräfte? Das wollten wir von unseren GEW-Mitgliedern in den Schulen wissen. 1012 Kolleg*innen haben sich an unserer Online-Umfrage beteiligt. Schon die hohe Beteiligung zeigt: das Thema brennt den Kolleg*innen unter den Nägeln!

Dabei gibt es durchaus erfreuliche Ergebnisse: Knapp 90 Prozent der Kolleg*innen geben an, dass die W-LAN-Verbindung an ihren Schulen ausreichend ist und 72 Prozent finden, dass die Dienstgeräte schnell genug arbeiten. Auch das Verbinden mit den Geräten in der Schule, z.B. dem Smartboard klappt überwiegend gut. Hier fällt allerdings auf, dass knapp ein Viertel der Teilnehmenden diese Frage nicht beantworten kann – wahrscheinlich, weil es keine Smartboards in den Schulen gibt. Hier geht die Ausstattung in den Schulen noch weit auseinander.

Die Ergebnisse zeigen aber auch deutlich, wo die Schwachstellen liegen. Ein großes Ärgernis sind die vorhandenen oder eher nicht vorhandenen Programme in der Liste der zum Download erhältlichen Software, dem sogenannten Hub. Hier wünschen sich die Kolleg*innen eine größere Auswahl mit stärkerem pädagogischem Fokus. Bei vielen Programmen (z.B. von Schulbuchverlagen) ist die Verfügbarkeit abhängig vom jeweiligen Schulträger. Gut für Kolleg*innen, deren Schulträger unkompliziert viele Programme bereit stellen, schlecht für Kolleg*innen, deren Schulträger dazu nicht bereit sind. Alle Lehrkräfte brauchen jedoch Zugang zu pädagogischen Programmen, ganz unabhängig davon, wo ihre Schule liegt und welcher Träger zuständig ist.

Daten sicher speichern

Die datenschutzkonforme Speicherung von personenbezogenen Informationen stellt eine weitere Herausforderung dar. Angesichts der datenschutzrechtlichen Anforderungen des Bildungsministeriums an die Lehrkräfte führt das zu großer Unsicherheit. Fast die Hälfte der Befragten geben an, dass sie nicht wissen, wie sie schülerbezogene Informationen datenschutzkonform bearbeiten können. Hier braucht es vor allem eine klare Information für die Kolleg*innen, um ihnen die nötige rechtliche Sicherheit zu geben. Im Alltag mit den Dienstgeräten zeigt sich allerdings noch ein anderes Problem: Kolleg*innen berichten, dass nach Zurücksetzen des Computers aufgrund eines Defekts oder eines vergessenen Passworts sämtliche Daten verschwunden sind. Sehr problematisch, wenn man es noch nicht geschafft hat, die Daten auf den Landesnetzrechner (die Einzahl ist bewusst gewählt!) in der Schule zu übertragen. Da das Speichern auf anderen Geräten nicht erlaubt ist, lösen sich dadurch viele Stunden Arbeit in Luft auf. Die GEW hält daher eine sichere Cloud-Lösung zur Speicherung von Daten für dringend erforderlich!

Viele Kolleg*innen mussten sich Zubehör privat und auf eigene Kosten anschaffen, um mit ihren Geräten arbeiten zu können. Dazu zählen schon so banale Sachen wie Laptoptaschen, USB-Sticks und Mäuse. Das geht so nicht. Dafür muss das Bildungsministerium sorgen!

Häusliche Arbeiten

Noch mehr gilt dies für eine angemessene Arbeitsperipherie für die Arbeit zu Hause. 65 Prozent der Kolleg*innen geben an, dass sie die häuslichen Arbeiten für die Schule (Vorbereitung von Unterrichtsmaterial, Zeugniserstellung, etc.) nicht mit ihren Dienstgeräten erledigen können. Dies hat unterschiedliche Gründe: Die ständige verpflichtende Arbeit an einem 10,5 Zoll Bildschirm (Beispiel Surface Go 3) ist nicht mit einem Minimum an Gesundheitsschutz vereinbar!

Wir fordern die Bereitstellung von Bildschirmen und Tastaturen, um die Dienstgesundheit der Kolleg*innen nicht durch unzureichende Ausstattung zu gefährden. Noch ärgerlicher ist, dass die iPads z.B. zur Erstellung von Zeugnissen gänzlich ungeeignet sind. Die Bereitstellung von ungeeigneten Arbeitsmitteln zwingt Lehrer*innen dazu, auch Tätigkeiten, die sie gut von zuhause aus erledigen könnten, in der Schule am Landesnetzrechner zu verrichten. Allerdings greifen sie auf diesen nicht alleine zu. Somit ist kaum noch planbar, wann tatsächlich am Computer gearbeitet werden kann. Die einzige Alternative dazu ist das Ausweichen auf den auch zuvor genutzten privaten Rechner – was aber nicht mehr zulässig ist. Diese Situation halten wir für absolut nicht hinnehmbar! Wenn Lehrkräfte verpflichtet sind, mit den Dienstgeräten zu arbeiten, muss dies auch ohne ständige Kompromisse und Gesundheitsgefährdung möglich sein!

Oft fehlt es auch an Unterstützung bei Problemen, die bei der Arbeit mit den Geräten auftauchen. Vielen ist es ein Dorn im Auge, dass die notwendige Hilfe erst viel zu spät kommt oder wenig hilfreich ist. Die Kolleg*innen brauchen schnellen Support, damit sie die Geräte zügig wieder einsetzen können.

Ansprechpartner

Erschwerend kommt hinzu, dass mehr als ein Viertel der Kolleg*innen nicht weiß, an wen sie sich bei Problemen wenden sollen. Erste Ansprechpartner*in ist dann meist die Schulleitung oder ein*e Kolleg*in mit Stundenermäßigung. Der Unterstützungsbedarf übersteigt jedoch meist die dafür zur Verfügung stehende Zeit! Und wie könnte es anders sein, ist das Thema „Zeit“ auch im Hinblick auf die Dienstgeräte durchaus brisant.

Zeitaufwand Gerät

Zwar ist die überwiegende Mehrheit der Kolleg*innen mit der Schnelligkeit des Rechners grundsätzlich zufrieden, der Zeitaufwand mit dem Gerät wird von 76 Prozent der Teilnehmenden aber als zu hoch eingeschätzt. Dies liegt sicher nicht zuletzt an der sehr aufwändigen Art des Einloggens, um auf das Schulportal zugreifen zu können: Rechner anschalten, erstes Passwort; Schulportal öffnen, zweites Passwort; E-Mail-Programm öffnen, zweiter Faktor über ein externes Gerät… Das muss doch einfacher möglich sein! Denn jede Zeit, die zusätzlich mit der Technik aufgewendet wird, fehlt bei der Arbeit am Inhalt – also in der Arbeit für und mit unseren Schüler*innen! Und dann gibt es noch die Kolleg*innen, die sich beklagten, dass sie gar nicht an der Umfrage teilnehmen können. Von knapp 20 Kolleg*innen unterschiedlicher Schularten aus unterschiedlichen Kreisen haben wir die Rückmeldung erhalten, dass sie bis jetzt überhaupt keine Dienstgeräte erhalten haben. Meist kennen die Kolleg*innen den Grund dafür nicht. Auch hier gibt es also noch Handlungsbedarf! Die flächendeckende Bereitstellung von Dienstgeräten für alle Lehrkräfte war ein richtiger erster Schritt. Die GEW-Mitgliederbefragung macht allerdings sehr deutlich, dass damit längst noch nicht alle Probleme gelöst sind. Die GEW setzt sich weiter für praktikable Lösungen ein, damit alle Kolleg*innen möglichst ohne Ärger ihre neuen Dienstgeräte nutzen können.

Susanne Melchior,
hauptamtliche GEW-Referentin für den Organisationsbereich Schule
Kerstin Quellmann,
Stellvertretende GEW-Landesvorsitzende

Das muss verbessert werden

- zusätzliche Ausstattung und Zubehör – auch für die Arbeit zuhause
- mehr benötigte Programme im Hub
- eine Cloud-Lösung zur Speicherung von Daten
- einfacheres Abrufen von Dienst-E-mails
- schneller Support bei Problemen

Illustration: macrovektor, freepic, Graphik: GEW

Keine Anträge mehr auf amtsangemessene Alimentation?!

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird 2023 erwartet

von Christian Steenbuck

Die Beamt*innen waren es seit Jahren gewohnt: Sie erhielten in der Regel mit dem Schreiben des DLZP am Jahresende die Zusage, dass wegen der (nunmehr beim Bundesverfassungsgericht anhängigen) Klagen keine erneute Antragstellung auf Zahlung einer amtsangemessenen Alimentation nötig sei und dass ein eventuelles abschließendes Gerichtsurteil zu dieser Thematik auf alle Beamt*innen dieses Landes übertragen werden würde. Dabei würde nicht unterschieden, ob Anträge gestellt worden seien oder nicht.

Ende 2022 gab es diese Zusage nun nicht mehr. Aus Sicht der Landesregierung ist die Besoldung der Beamt*innen nach den im Frühjahr 2022 beschlossenen Besoldungsgesetzen nunmehr verfassungskonform. Eventuelle Anträge auf amtsangemessene Alimentation sollen daher einzeln beschieden werden. Nach einem erfolglosen Widerspruchsverfahren als Folge eines Ablehnungsbescheides müssten die Antragsteller*innen daher eigenständig Klage beim Verwaltungsgericht erheben.

Nach Auffassung der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst hat eine entsprechende Antragstellung für 2022 nur geringe Erfolgsaussichten. Rechtsschutz für ein solches Verfahren wird daher voraussichtlich nicht gewährt werden.

Ausnahme könnten kinderreiche Beamtenfamilien sein, die aufgrund der Einbeziehung des Familieneinkommens keinen Anspruch auf die neuen Familienergänzungszuschläge haben. Hier wird im Einzelfall auf Antrag von Mitgliedern über die Gewährung von Rechtsschutz entschieden werden.

Warum ist das so?

Zum Verständnis ist es nötig, zurückzublicken. Der größte finanzielle Einschnitt für die schleswig-holsteinischen Beamt*innen war im Jahr 2007. Den meisten Besoldungsempfänger*innen wurde damals durch die Streichung der Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) fast ein dreizehntel des Jahresgehaltes genommen. Begründet wurde diese Maßnahme von der CDU-geführten Landesregierung mit dem Beitrag, den die Beamt*innen zur Haushaltskonsolidierung leisten sollten.

Bereits im März 2021 hat das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass die Besoldung der Beamt*innen im Jahr 2007 nicht verfassungskonform war. Wegen grundsätzlich zu klärenden Fragen wurde dieses Verfahren zunächst ausgesetzt und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eingeholt. Bei Verfahren aus anderen Bundesländern hat das BVerfG einen Zeitraum von 15 Jahren rückwirkend näher betrachtet. Das Jahr 2007 (mit den größten Einbußen) fiele also 2022 aus diesem Vergleichszeitraum heraus. Ein neuer Vergleich der Jahre 2008 bis 2022 unter Berücksichtigung der angepassten Besoldungsgesetzgebung könnte also ergeben, dass die Besoldung in diesem Zeitraum verfassungskonform war.

Wichtig zu wissen

Die gestellten Anträge, bzw. die Zusagen des Finanzministeriums, die den Zeitraum von 2007 bis 2021 betreffen, bleiben davon unberührt! Das Bundesverfassungsgericht könnte im Laufe des Jahres 2023 zu einer Entscheidung in den Musterverfahren aus Schleswig-Holstein kommen.

Christian Steenbuck,
ehrenamtlicher Leiter der
GEW-Rechtsschutzstelle und
Mitglied im Hauptpersonalrat

Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte auf Klassenfahrt

Unterschiede in der Vollzeitvergütung

von Christian Steenbuck

In der Rechtsschutzstelle gab es in der letzten Zeit Anfragen zur Vergütung von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften auf Klassenfahrten. Die aktuelle Rechtslage:

Verbeamtete teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte haben keinen Anspruch auf Vollzeitvergütung während der Dauer einer Klassenfahrt.

Dies hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG 2 C 61.03) bereits entschieden. Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Beamtenverhältnis haben aber Anspruch auf entsprechenden Zeitausgleich.
Klassenfahrten gehören zu den teilbaren Aufgaben. In der Praxis geschieht es jedoch höchst selten, dass eine teilzeitbeschäftigte Lehrkraft früher ab- oder später anreist und sich die Aufgabe mit einer anderen (möglicherweise ebenfalls teilzeitbeschäftigten) Lehrkraft teilt. Grundsätzlich ist dies aber natürlich möglich. Das Bundesverwaltungsgericht schlägt unter anderem vor, dass betroffene Lehrkräfte alternierend an Klassenfahrten teilnehmen. Dies scheint kaum umsetzbar. Sinnvoller ist es, an der jeweiligen Schule eine möglichst praktikable Form des Zeitausgleichs (unter Mitbestimmung des ÖPR) zu entwickeln.

Tarifbeschäftigte teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte haben hingegen Anspruch auf Vollzeitvergütung während der Dauer einer Klassenfahrt.

Aber Achtung! Diese Vollzeitvergütung für die Dauer der Klassenfahrt muss bereits im Vorfeld auf dem Dienstweg schriftlich beantragt werden!

Wir brauchen einen Masterplan für berufliche Bildung

Gespräch mit Jan Nissen

von Astrid Henke

Wir legen in dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift den Schwerpunkt auf die berufliche Bildung. Einige der drängendsten Themen rücken wir in den Fokus: Ausbildungsgarantie, bessere Berufsorientierung, Schulentwicklung, die Weiterbildung und die Umsetzung des lebenslangen Lernens in den RBZ.

Du gehst nach über zehn Jahren oberste Schulaufsicht im Bereich der berufsbildenden Schulen jetzt in den Ruhestand. Was war dir besonders wichtig?

Ein wichtiges Thema in den letzten zwölf Jahren war die Planstellenversorgung an den berufsbildenden Schulen. Wir sind von einer Zuweisung von weit unter 90 Prozent auf jetzt über 100 Prozent gekommen. D.h. wir hatten mehr Schülerinnen und Schüler vor 10 Jahren bei 3200 Planstellen, jetzt sind es mehr als 4000 Stellen. Es ist mir wichtig, dass wir nun eine auskömmlichere Planstellenzuweisung als vor zwölf Jahren haben. Der andere Punkt ist, dass wir jetzt multiprofessionelle Teams (Psychologen/Bildungsbegleiter etc.) in den Schulen haben, um Schulen zu unterstützen. Es nützt allerdings nichts, wenn wir die Planstellen haben, aber nicht die Menschen mit qualifizierten Ausbildungen, um sie zu besetzen. Deshalb sind neue Zugänge in der Lehrkräftebildung wichtig. Das duale Masterstudium ist ein attraktives Modell, um Fachkräfte durch ein bezahltes Studium zu gewinnen. Auf Sicht sollten wir auch für die Fachlehrkräfte über eine Weiterbildung unter Einbeziehung von Hochschulanteilen nachdenken.

Welches ist aus deiner Sicht aktuell das TOP-Thema der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein?

Für die Zukunft brauchen wir einen Masterplan für die berufliche Bildung. Wir werden wegkommen von traditionellem Unterricht hin zu Lehr-und Lernarrangements, zur Individualisierung mit verschiedenen Zugängen und Abgängen. Hybride und digitale Unterrichtsformen werden zunehmend eine Rolle spielen. Berufliche Bildung wird sich durch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozess in den nächsten Jahren radikal verändern. Die Berufsbilder werden sich radikal ändern. Dafür brauchen wir eine andere Form der Zuweisung von Lehrkräften. Berufsbildende Schulen werden neben der Ausbildung zunehmend Aufgaben in der Weiterbildung und Verifizierung der Qualifikationen ausländischer Fachkräfte bekommen. Deshalb ist der RBZ-Gedanke auch so wichtig. Die RBZ werden hier eine zentrale Rolle bekommen. Dieser Masterplan ist mehr als nur die Bildung von Bezirksfachklassen und muss gemeinsam mit den Schulen, Schulträgern, Kammern, Innungen und Betrieben gestaltet werden. Die Schulen brauchen in den Regionen keine Vorgaben, sondern Unterstützung in diesem Prozess.

Die GEW hat den Wechsel der Zuständigkeit für die berufliche Bildung ins Wirtschaftsministerium in der letzten Wahlperiode scharf kritisiert und auch bekämpft. Du hast den SHIBB-Prozess – nicht den Wechsel in das Wirtschaftsministerium – von Anfang an sehr unterstützt. Wie schaust du heute darauf?

Meine Abschiedsfeier sehe ich auch als eine Art Neujahrsempfang für die berufliche Bildung in Schleswig-Holstein in der Zuständigkeit des für Bildung zuständigen Ministeriums. Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem wir schon vor zwei Jahren hätten sein können. Statt den Blick nur auf den Fachkräftemangel zu richten, brauchen wir einen Blick auf die berufliche Bildung mit dem Schwerpunkt auf Bildung, die Zusammenarbeit und Verknüpfung von allgemeiner und beruflicher Bildung.

Vor deiner Tätigkeit in der Schulaufsicht warst du mehr als sechs Jahre für die GEW im HPR(L) und acht Jahre stellvertretender Vorsitzender der GEW. Wie passt das für dich?

Ich habe mich immer als Gewerkschafter für junge Menschen in Ausbildung engagiert – als Lehrer, in der Gewerkschaft und als Referatsleiter in der Schulaufsicht. Das waren verschiedene Facetten der Arbeit, für mich ist das eine Kontinuität im Engagement für jungen Menschen. Durch die bessere Ausstattung der Schulen, beim PZV, durch multiprofessionelle Teams konnten wir auch die Bedingungen verbessern. Allerdings sind die Belastungen aller in Schule sehr hoch und das Thema Arbeitszeit und Arbeitszeitmodelle in Schulen, die Arbeitszeitbewertung muss mehr Thema werden. Es ist ein Thema von Gewerkschaft und Arbeitgebern in der Zukunft.

Vielen Dank für das Gespräch und persönlich für dich alles Gute!

Jan Nissen war Berufsschullehrer und arbeitete zuletzt als Referatsleiter im Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Viele Jahre engagierte er sich in der GEW. Er war stellvertretender Landesvorsitzender und kurze Zeit kommissarischer GEW-Landesvorsitzender.

Fotos: vecteezy

Ausbildungsgarantie für alle – jetzt!

Neue Wege gegen die Misere auf dem Ausbildungsmarkt

von Sven Lange

Bei einem Blick auf die Zahlen aus dem Ausbildungsbericht der Agentur für Arbeit vom September 2022 wird die Dimension des Dilemmas deutlich: Obwohl die Anzahl der gemeldeten Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein leicht gestiegen ist (+ 3 %), geht die Zahl der Bewerber*innen weiter zurück (- 8 %). Und trotz dieser Entwicklung sind auch 2022 wieder 1.410 Bewerber*innen leer ausgegangen. In Schleswig-Holstein zeigt sich hier ein sogenanntes Matchingproblem, zu dessen Erklärung zum Teil sicherlich auch die Tatsache herangezogen werden kann, dass es sich beim nördlichsten Bundesland um ein Flächenland handelt. Bundesweit hat sich im Laufe der Zeit die Zahl derjenigen, die im Alter zwischen 20 und 34 Jahren noch ohne Berufsabschluss sind, auf über zwei Millionen aufsummiert, allein in 2022 waren es 22.690 Menschen in Deutschland . Dies hat Konsequenzen sowohl für die Betroffenen, die i.d.R. so im Niedriglohnsektor beschäftigt werden (wenn überhaupt), als auch für die Wirtschaft, der dadurch ein erhebliches Potenzial an dringend benötigten Fachkräften nicht zur Verfügung steht.

Auch wenn Gewerkschaften, Politik und Vertreter*innen der Wirtschaft an einem Strang zu ziehen scheinen, über die Wege aus der Krise ist eine lebhafte Diskussion entbrannt.

Die Positionen

Die aktuelle Bundesregierung hat es sich in ihrem Koalitionspapier zur Aufgabe gemacht, dem Fachkräftemangel durch eine Ausbildungsgarantie zu begegnen. Der DGB und seine Gewerkschaften fordern diese schon seit langem. Ziel dieser Maßnahme ist es, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Bei unserem Nachbarn Österreich hat man bereits 2017 eine Ausbildungsgarantie eingeführt und ist mit den Ergebnissen sehr zufrieden. Die Vermittlung von dualen Ausbildungsplätzen hat auch in Österreich oberste Priorität.

Dort, wo dies nicht möglich ist, weil Angebot und Nachfrage aus verschiedensten Gründen nicht zueinander passen, springt die öffentliche Hand ein: Im ersten Ausbildungsjahr findet dabei, wie in einer betrieblichen Ausbildung auch, der theoretische Unterricht in der Berufsschule statt, der praktische Teil der Ausbildung wird bei Trägern oder gegebenenfalls auch in der beruflichen Schule absolviert. Flankiert wird die Maßnahme durch Praktika, denn das oberste Ziel im ersten Ausbildungsjahr ist es, dass die Ausbildung spätestens ab dem zweiten Ausbildungsjahr in eine duale betriebliche Ausbildung mündet. Dabei und bei der Vermittlung von Praxis in der schulischen Ausbildung sollen Praktika unterstützen.

Finden die Jugendlichen im ersten Jahr bereits einen Ausbildungsbetrieb, so soll die Ausbildung dort fortgeführt und abgeschlossen werden.

Nur wenn auch nach dem ersten Ausbildungsjahr keine Vermittlung in eine duale Berufsausbildung gelingt, besuchen die Jugendlichen die Maßnahme ein weiteres Jahr und schließen diese nach dem zweiten Jahr ab. Einigkeit besteht in der Erkenntnis, dass eine möglichst schnelle Vermittlung in betriebliche Ausbildungsverträge die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessern.

Arbeitsmarktexperten schätzen, dass die Ergebnisse aus Österreich hochgerechnet auf den deutschen Arbeitsmarkt bedeuten würden, dass jährlich 20.000 zusätzliche Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Aus gesellschaftspolitischer Sicht wären das 20.000 Menschen jährlich, die mit einem Erfolgserlebnis ins Berufsleben starten können und zunächst für sich einen Platz in der Gesellschaft gefunden haben. Im durchlässigen System der beruflichen Bildung eröffnen sich ihnen hierdurch aber auch vielfältige weitere Möglichkeiten.

> Die Erfahrungen aus Österreich zeigen, dass eine Ausbildungsgarantie ein wirksames Instrument ist.

Dieses Modell findet aber auch Kritiker, die vor allem darum fürchten, dass es sich hierbei um einen zu starken Eingriff in den Markt handelt. Stark marktorientierte Politiker*innen aus FDP und CDU, aber auch Interessenverbände der Unternehmerschaft kritisieren, dass Jugendliche eine überbetriebliche Ausbildung einer dualen betrieblichen Ausbildung vorziehen könnten, aus Furcht, sich in Unternehmen nicht zurechtzufinden. Gerade dieses Soziale Lernen in der Praxis der Betriebe ist aber wesentlicher Bestandteil einer dualen beruflichen Ausbildung. Außerdem sehen die Kritiker die Gefahr, dass die öffentliche Hand Ausbildungsplätze schafft, die von der Wirtschaft gar nicht, oder nicht in der angebotenen Form nachgefragt werden.

Gewerkschaften fordern: Ausbildungsgarantie jetzt!

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich verschlechtert. Ein „Weiter so“ ist bildungs-, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch nicht mehr akzeptabel, die Zeit zum Handeln ist längst gekommen und das bestehende System muss dringend verbessert werden. Eine Ausbildungsgarantie liefert Lösungsansätze für viele Herausforderungen. Die politisch Verantwortlichen kämen ihrer Verpflichtung, soziale Gerechtigkeit herzustellen, einen großen Schritt näher. In der Wirtschaftspolitik zeigen die Erfahrungen aus Österreich, dass eine Ausbildungsgarantie ein wirksames Instrument ist, um Fachkräftebedarfe zu decken und Jugendlichen zu einem Berufsabschluss zu verhelfen. Die Finanzierung eines solchen Systems kann mittelfristig aus dem System heraus geschehen. Zum einen wird die Umstellung auf eine Ausbildungsgarantie zu Einsparungen im sogenannten Übergangsbereich führen, in dem Jugendliche unterkommen, die keine Ausbildung und keine anderen Alternativen gefunden haben. Zum anderen führt ein höherer Bildungsstand auch generell zu einem höheren Beschäftigungsstand und zu höheren Einkommen. Dadurch sinken die Transferzahlungen des Staates (Arbeitslosenunterstützung bzw. sog. Aufstocken) und höhere Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entlasten die Sozialsysteme.

Der DGB fordert zur Finanzierung der Ausbildungsgarantie einen umlagefinanzierten Zukunftsfonds, in den alle Unternehmen einzahlen, um diejenigen zu entlasten, die ausbilden. Der Anreiz, selbst auch wieder auszubilden bzw. das bestehende Ausbildungsangebot auszuweiten, steigt dadurch für alle Unternehmen. Derzeit bilden nur ca. 20 Prozent der Unternehmen in Deutschland aus, wodurch die Auswahl an möglichen Ausbildungsplätzen zu gering ist.

Flankierende Maßnahmen werden auch mit Ausbildungsgarantie erforderlich bleiben

Die Umstellung auf eine Ausbildungsgarantie alleine kann nicht alle Probleme am Ausbildungsmarkt lösen. Bereits existierende flankierende Maßnahmen wie ein Auszubildenden-Coaching, Jugendberufsagenturen, Ausbildungsbegleitende Hilfen, fundierte und umfassende Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen, Prüfungsvorbereitungstrainings etc. werden weiterhin notwendig sein, um den Übergang ins Berufsleben so optimal wie möglich zu gestalten und möglichst vielen Jugendlichen diese Option zu geben.

Weitere bedeutende Aspekte in dem Kontext sind Weiterbildung und Durchlässigkeit. Um Druck von den Schultern der Berufseinsteiger*innen zu nehmen, ist es ganz ausschlaggebend, dass ihnen bewusst ist, dass sie eine Entscheidung für den nächsten Schritt ihrer Karriere treffen, der aber nicht endgültig die Weichen für ihr weiteres Leben stellt.

Fazit

Das Problem ist erkannt, das Österreich-Modell weist den Weg, es muss jetzt endlich gehandelt werden, im Interesse aller.

Sven Lange,
Lehrkraft an der Beruflichen Schule in Elmshorn und Mitglied im Vorstand der Fachgruppe BS auf Landes- und Bundesebene

Berufsschulklassen in Gefahr?

Landesfachgruppe BS setzt sich mit der Schulentwicklungsplanung auseinander

von Gudrun Harries und Henrik Pünner

Fotos: Gudrun Harries

Klausurtagung der Landesfachgruppe BS im Martinshaus in Rendsburg: Workshop zu den Problemen der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein und den Erwartungen an die Schulentwicklungsplanung des SHIBB.

Die berufliche Ausbildung muss in der Fläche erhalten bleiben: Diese Forderung aus Reihen der Fachgruppe Berufsbildende Schulen (BS) ist nicht neu und wurde von uns u. a. auch auf den Flyern zur letzten BPR/ HPR-Wahl formuliert und veröffentlicht. Dass angesichts des offensichtlichen Fachkräftemangels und der seit Jahren stetig sinkenden Ausbildungszahlen dringender Handlungsbedarf besteht, ist nicht zu leugnen. Zwar wird in Schleswig-Holstein noch in 280 Berufen ausgebildet, gleichzeitig sinken jedoch an den berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein seit mehreren Jahren die Schülerzahlen. Die für die Berechnung des Planstellenzuweisungsverfahrens (PZV) maßgebliche Klassenfrequenz von 18-22 spiegelt schon lange nicht mehr die Realität: Im „Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein 2021/22“ (Drucksache 20/325) stellt die Landesregierung fest, dass die Klassenfrequenz an den berufsbildenden Schulen im Bildungsgang für Jugendliche mit Ausbildungsverhältnis auf inzwischen 16,6 gesunken ist.

> Das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) hat den Auftrag, ein Konzept zu erstellen.

Insbesondere in den ländlichen Regionen werden die Fachklassen vieler Ausbildungsberufe immer kleiner. Das SHIBB (Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung) hat den Auftrag erhalten, ein Konzept zu erstellen, wie mit dieser Entwicklung umgegangen werden soll und versucht sich nun an einer Schulentwicklungsplanung („Masterplan berufliche Bildung“). Vor diesem Hintergrund stand das Ziel, dazu gewerkschaftliche Positionen und Forderungen zu erarbeiten.

Ein guter Anfang dazu war die zweitägige Klausurtagung der Landesfachgruppe BS im Martinshaus in Rendsburg, über die schon kurz in der E&W 11/22 berichtet wurde. Nachdem uns dort der Schulentwicklungsplan des SHIBB vom Dezernatsleiter Michael Gülck vorgestellt worden war, haben wir uns in mehreren Workshop-Phasen mit den Problemen der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein und unseren Erwartungen an die Schulentwicklungsplanung des SHIBB auseinandergesetzt. Für eine Zusammenfassung haben wir diese mit Zielsetzungen des SHIBBs (fett) in Verbindung gesetzt.

Sicherung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen dualen Ausbildung im ganzen Land unter verbesserter Verzahnung von schulischem und betrieblichem Teil der dualen Ausbildung, Einstieg in eine landesweite Schulentwicklungsplanung

- flexible statt starre Strukturen, z. B. bei Regionen, Kreisgrenzen, Berufen, PZV, Wochenstunden, Klassenfrequenz
- Verbesserung bei Räumen und Ausstattung
- Nicht nur „dual“ denken, sondern alle Bildungsgänge mitdenken: sie machen berufliche Bildung attraktiv!

Lehrkräftegewinnung und Personalentwicklung

- Attraktivität des Lehrerberufs steigern
- gute Schulentwicklung muss gute Arbeitsbedingungen implizieren
- mehr dazu unter www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrkraeftemangel

Attraktivität der beruflichen Ausbildung steigern und Potenziale bekannt machen

- Durchlässigkeit/Chancen des berufsbildenden Systems besser kommunizieren
- Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung – öffentlicher Dienst muss Vorbild sein
- Bachelor professional = Bachelor (gleiche Bezahlung, Weiterqualifizierung ermöglichen)
- Weiterbildung stärken – Anspruch auf Freistellung für Qualifizierung, z.B. Meister, Fachwirt
- keine Modularisierung der Ausbildung, sondern Flexibilisierung – safe and option –, bereits erreichte Ziele, z.B. Zwischenprüfung, praktische Prüfung, behalten ihre Gültigkeit, werden zertifiziert. Es besteht ein Anspruch, die Ausbildung zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen.
- internationale Austauschprogramme als Bestandteil der dualen Ausbildung

Bild nach: SHIBB, Masterplan berufliche Bildung – Schulentwicklungsplanung

Verbesserung des Überganges junger Menschen von der Schule in den Beruf

- Transparenz und Vernetzung schulartenübergreifend, Kompetenzen der RBZ/BBS können zur Verbesserung der Berufsorientierung beitragen

Sicherung des Fachkräftebedarfes in der nächsten Dekade (Duale Ausbildung, BNE, MINT, frühkindliche und kindliche Betreuung…)

- … durch die o. g. Punkte, zusätzlich:
- Ausbildungsplatzgarantie (vgl. dazu den Artikel von Sven Lange in dieser Ausgabe auf S. 8-9)
- bessere Bedingungen für inklusive- und Benachteiligten-Ausbildung

Wichtigstes Ziel muss dabei sein, in der jeweiligen Region und gemeinsam mit den örtlichen allgemeinbildenden Schulen jedem Jugendlichen einen individuell zugeschnittenen, seinen Fähigkeiten und Neigungen möglichst optimal entsprechenden Bildungsweg zu ermöglichen.

Diese Ergebnisse können nur ein erster Aufschlag sein, sie werden uns als Grundlage für die weitere Diskussion und Positionierung dienen.

Nach den ersten Datenauswertungen finden aktuell die ersten Gespräche zwischen den jeweiligen Schulaufsichten mit den Schulstandorten und im weiteren Verlauf den Schulträgern statt. Weitere Gespräche mit „Stakeholdern“ sollen sich anschließen. Für die weitere Konzeptentwicklung erwarten wir vom SHIBB, dass es Möglichkeiten des Austausches aller Beteiligten schafft, um für jede Region Schleswig-Holsteins die bestmögliche Lösung zu finden. Statt Einzelgespräche fordern wir Runde Tische mit Vertreter*innen aller Interessengruppen. Außer den Schulen und Schulträgern gehören dazu auch Vertreter*innen der Gewerkschaften, Kammern, Personalräte, Eltern- und Schülersprecher*innen.

Gudrun Harries,
Vorsitzende der Fachgruppe BS
und Mitglied im Hauptpersonalrat
Henrik Pünner,
Mitglied im Vorstand der FG BS und des Hauptpersonalrates

Berufliche Bildungsperspektiven für alle!

Die Kindertageseinrichtung direkt auf dem Gelände des Berufsbildungszentrums (BBZ) Schleswig wird von allen sehr geschätzt

von Kirsten Lemke

Das Lachen von spielenden Kindern ist unüberhörbar. Wir befinden uns auf dem Gelände des Berufsbildungszentrums (BBZ) Schleswig. Seit 2013 gibt es auf dem Campus des BBZ eine Kinderkrippe. Entstanden ist die Idee des Baus einer Kindertageseinrichtung unmittelbar neben dem Gebäudekomplex der berufsbildenden Schule ursprünglich, weil nicht nur bei einer jungen Mutter der Abbruch der Ausbildung drohte. In diesem ersten Fall wurde schnell eine Lösung gefunden. Die Betreuung, damals zunächst durch eine Tagesmutter, direkt neben den Unterrichtsräumen zu gewährleisten, war naheliegend und führte zu dem gewünschten Erfolg. Staatliche Zuschüsse ermöglichten dann den Bau der Einrichtung durch die Schule. Seither betreibt der Verein „Villa Sonnenstrahl e. V. Kinderkrippe“ die Krippe. Drei Gruppen werden dort täglich betreut. Schülerinnen und Schüler und auch Lehrkräfte nehmen dieses Angebot sehr gern wahr. Für Lehrerinnen und Lehrer ist die Kinderbetreuung ein wichtiges Argument für die Wahl der Schule, an der sie arbeiten möchten. Attraktive Arbeitsbedingungen gewährleisten, dass eine Schule die begehrten Fachkräfte bekommt, die sie für guten Unterricht in Zeiten des Fachkräftemangels braucht.

> Für Lehrerinnen und Lehrer ist die Kinderbetreuung ein wichtiges Argument für die Wahl der Schule.

Foto: BBZ Schleswig

RBZ als eigenverantwortliche Bildungseinrichtungen

Der Bau der Kinderkrippe in Schleswig ist ein Beispiel für die Handlungsfähigkeit einer rechtlich selbstständigen Schule. Steigende Anforderungen der Arbeitswelt durch Strukturwandel und Transformation von Arbeit verlangen von den berufsbildenden Schulen schnelle und flexible Reaktionsmöglichkeiten. Um ihre Aufgaben in der Region erfüllen zu können, brauchen sie einen Handlungsrahmen, der die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Insbesondere die 19 Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) als eigenverantwortlich handelnde, rechtlich und wirtschaftlich selbständige Bildungseinrichtungen gestalten die berufliche Bildung aktiv mit ihren Netzwerkpartnern für die Menschen vor Ort. Die berufsbildenden Schulen bieten insgesamt ein vielfältiges und attraktives Angebot. Kein junger Mensch soll verloren gehen. Jeder und jedem wird über berufliche Bildung eine Perspektive geboten.

Aktuelle Herausforderungen

Die aktuellen Herausforderungen der beruflichen Bildung sind groß. Neben Digitalisierung und Dekarbonisierung der Arbeitswelt gilt es, durch geeignete Angebote die Fachkräftelücke für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess Deutschlands zu sichern. Die psycho-sozialen Herausforderungen haben auch an den berufsbildenden Schulen extrem zugenommen. Zudem sehen wir Demokratiestärkung als eine wichtige Aufgabe in dieser Zeit an. Das alles muss von den Schulen bei zunehmendem Lehrkräftemangel und in vielen Regionen in Schleswig-Holstein mit aufgrund der Demographie rückläufigen Zahlen der Lernenden bewältigt werden.

Masterplan berufliche Bildung

Qualitativ hochwertige, zukunftsfähige berufliche Bildung und Weiterbildung in Schleswig-Holstein kann unter diesen Bedingungen nur im Dialog mit allen Beteiligten gestaltet werden. Die Zielsetzung des Masterplans Berufliche Bildung durch das SHIBB im Koalitionsvertrag 2022 sieht das vor. Zielsetzungen sind die Sicherung der Ausbildungsgänge an den berufsbildenden Schulen und die Prüfung der Chancen der Digitalisierung zum Erhalt und zur Beschulung kleinerer Klassen vor allem in den ländlichen Regionen und in weniger nachgefragten Berufen. Hier brauchen die Regionen und die Schulen Unterstützung und keine Vorgaben.

Foto: BBZ Schleswig

Schulentwicklung

In Schulentwicklungsprozessen werden bedarfsgerechte, mit Blick auf die Zukunft gerichtete Angebote für Aus-, Fort- und Weiterbildung entwickelt. Diese müssen regional übergreifend mit allen Beteiligten in geeigneten Formaten diskutiert und abgestimmt werden. Das gilt vor allem für die duale Ausbildung. Daneben sind regional angepasste weitere Maßnahmen möglich und nötig. Neben der Einrichtung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind Kooperationsprojekte bzw. –maßnahmen, z. B. der inklusiven Bildung und im Rahmen der Umsetzung der beruflichen Orientierung, Bausteine zur Stärkung der Attraktivität der beruflichen Bildung und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Hier haben die rechtlich selbständigen Schulen erheblich mehr Spielraum als nicht selbständige berufsbildende Schulen. Sie können über den staatlichen Bildungsauftrag hinaus agil berufliche Weiterbildung, Anpassungsmaßnahmen und berufsbezogene Sprachförderung für Geflüchtete selbstständig anbieten, auch digitale bzw. hybride Formate sind möglich. Ein Beispiel ist die seit einigen Jahren an mehreren Regionalen Berufsbildungszentren angebotene Maßnahme zur Ausbildung von staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern im Rahmen einer durch die Arbeitsagentur oder dem Jobcenter geförderten beruflichen Weiterbildung für Leistungsberechtigte.

> Grundschulkinder werden ab 2025 ein Anrecht auf Ganztagsbetreuung haben.

Dieses Angebot stellt eine Ergänzung des umfangreichen staatlichen berufsschulischen Angebots dar. Neu ist eine Weiterbildung im Rahmen der PQVO-SH Anpassungsqualifizierung für Kita-Erst- und Zweitkräfte, die Lehrkräfte aus Oldenburg und Schleswig gemeinsam, teilweise auch in Distanz, durchführen. Mit dem sogenannten Ganztagsfinanzierungsgesetz hat künftig jedes Grundschulkind Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Grundschulkinder werden ab 2025 ein Anrecht auf Ganztagsbetreuung haben. Hier kommt auf die Schulen ein weiterer Auftrag zur Aus- und Weiterbildung der notwendigen Fachkräfte zu, bei der sie die Beteiligung und Unterstützung vom Land brauchen.

Staatlich finanzierte berufliche Bildung

Eine starke staatlich finanzierte berufliche Bildung ist dennoch unverzichtbar. Der Einsatz von qualifizierten Berufsschullehrkräften z.B. im Werkstattunterricht im Rahmen der beruflichen Orientierung ist nur über den Einsatz der staatlich finanzierten Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen möglich. Eine nachhaltige Umsetzung der Orientierung in den Werkstätten der berufsbildenden Schulen und damit ein erfolgreicherer Übergang von der Schule in den Beruf ist nur so denkbar. Gleichzeitig muss die Weiterentwicklung der Regionalen Berufsbildungszentren politisch unterstützt werden.

„In den Ferien kochen wir nur für die Kinder in der Kinderkrippe“, sagt Hannes Kirschnick, Koch und Ausbilder am BBZ Schleswig. Der Betreuungsbedarf der berufstätigen Eltern ist auch in den Schulferien nicht unerheblich. Und selbstverständlich beliefert die FEINHEIMISCH zertifizierte Mensa auch dann täglich die Kindertagesstätte mit gesundem Essen.

Kirsten Lemke,
GEW Mitglied im Landesausschuss für Berufliche Bildung und Sprecherin des Arbeitskreises gewerkschaftsnaher Schulleiterinnen und Schulleiter an berufsbildenden Schulen

Fotos: Ferdinand Schütt

Werkstatttage

Berufsvorbereitung im Kreis Herzogtum Lauenburg mal anders gemacht!

von Ferdinand Schütt

Montagmittag in Geesthacht am ZOB: „Hallo Steven!“ „Hallo Marlow!“ „Sag mal Marlow, warum bist du denn die letzten zwei Wochen nicht mit dem Schulbus gefahren, hast du Corona gehabt?“ „Nein Steven, ich hatte Werkstatttage! Wir sind jeden Morgen um kurz vor 8.00 Uhr nach Mölln an das BBZ gefahren und sind erst um 15.00 Uhr wieder hier gewesen.“ Steven ist überrascht und fragt Marlow: „Was ist denn das, Werkstatttage und wieso BBZ Mölln, ist das auch eine Schule?“

So, oder ähnlich, könnten in den letzten zwei Jahren viele Gespräche zum Thema Berufsvorbereitung unter den Schülerinnen und Schülern (SuS) der 8. und z.T. 9. Klassen verschiedener Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Förderzentren des Kreises Herzogtum Lauenburg (RZ) abgelaufen sein. Aber worum geht es dabei? Marlow könnte Schüler z.B. der Alfred-Nobel-Schule in Geesthacht, im Kreis Herzogtum Lauenburg, sein, die für ihre SuS den Besuch der Werkstatttage am Berufsbildungszentrum (BBZ) Mölln im Rahmen der Berufsorientierung vorsieht. Das BBZ Mölln bietet den Gemeinschaftsschulen und Förderzentren im Kreis Herzogtum Lauenburg die Möglichkeit, deren SuS der 8. oder 9. Klassenstufen im Rahmen der Werkstatttage für zwei Wochen an das BBZ zu bringen. Innerhalb dieser zwei Wochen haben die SuS die Möglichkeit drei verschiedene drei- und viertägige Module von 12 angebotenen zu wählen.

Die drei- oder viertägigen Unterrichtsblöcke sind auf einen Beruf oder ein Berufsfeld abgestimmt. In der Zeit von 9 bis 14 Uhr werden jeweils die berufsspezifischen Tätigkeitsinhalte erlebbar vorgestellt. Die SuS geben in ihrer Schule fünf Berufe an, von denen sie dann drei erleben dürfen. Die zwölf Module decken die 31 am BBZ angebotenen Ausbildungsberufe aus den Bereichen Bau-, Elektro-, Fahrzeug- und Metalltechnik, sowie Farb- und Raumgestaltung, Gesundheit und Pflege, Friseur*in, Landwirt*in und Bäckerin ab.

Die SuS erleben und erfahren die grundlegenden Kompetenzen und in Ansätzen, welche Qualifikationen und Fertigkeiten während der Ausbildungszeit vermittelt werden. In den überwiegend praxisorientierten Sequenzen wird viel versucht und ausprobiert und oft wird voller Stolz etwas selbst Produziertes mit nach Hause genommen. Z.B. die tragbare Holzkiste, verschiedene Backwaren, ein Verlängerungskabel, kleine selbstgebaute Motoren, kleine am 3D-Drucker erstellte Figuren oder die gefalteten Servietten. Die von den teilnehmenden SuS abgegebenen Rückmeldungen sind dabei sehr positiv, denn sie stehen eben nicht nur rum und hoffen, dass der Tag bald zu Ende ist, wie es leider in den Betriebspraktika immer wieder der Fall ist.

Da für diesen Modellversuch bisher keine Lehrerstellen zur Verfügung stehen, werden durch die Schulleitung des BBZ Mölln beim Bildungsministerium und im SHIBB (Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung) jedes Jahr neue Geldmittel eingeworben. Dadurch muss für jedes Schuljahr neu entschieden werden, ob dieses erfolgreiche Modell im darauffolgenden Jahr weiter durchgeführt werden kann. Eine mögliche Einschränkung des breiten Ausbildungsangebots an den berufsbildenden Schulen und Berufsbildungszentren der Kreise durch eine voraussichtlich geplante ausgeweitete Bezirksfachklassenregelung und Einrichtung von Landesberufsschulen für nicht auskömmliche Berufe würde dieser Werbung für das duale Ausbildungssystem ebenfalls zuwider laufen, da dann den SuS die breite berufliche Expertise, wie z.B. am BBZ Mölln, nicht mehr zur Verfügung stehen könnte, da der Berufsschulunterricht für diese Berufe landesweit zentralisiert werden würde.

Ferdinand Schütt,
Lehrkraft am BBZ in Mölln
und Kreisvorsitzender der GEW RZ

Es sind so zarte Kinderseelen

von Gabriele Frydrych

Mein Lesepatenkind Rabia (10) will unbedingt „Dornröschen“ singen und spielen. Ich suche im Internet nach dem Text. Komisch, da kam doch früher eine böse Fee herein, die sauer ist, weil sie nicht eingeladen wurde. Und deshalb flucht sie: „Dornröschen, du musst sterben!“ Eine der guten Feen lindert diesen Fluch: Dornröschen muss „nur“ 100 Jahre lang schlafen. In der modernen Fassung gibt es den garstigen Todeswunsch gar nicht mehr. Solche grausamen Lieder möchte man den Kindern heute ersparen.

Die dreijährige Annafrid singt uns vom Fuchs vor, der die Gans gestohlen hat. In ihrer Kita-Fassung kommt der Jäger nicht mit dem Schießgewehr, sondern mit einem Ersatzwort, das wir leider nicht verstehen. Schiebetür? Schienenbus? Schinkenbrot? Ich surfe im Internet und finde keine bereinigte Fassung. Stattdessen aber jede Menge Zeitungsartikel, die von einer Veganerin in Limburg berichten. Sie hat durchgesetzt, dass das Glockenspiel der Stadt diesen „Brutalo-Kinderlied-Klassiker“ nicht mehr spielt. Für Veganer sind übrigens auch Lieder wie „Backe, backe, Kuchen“ eine Zumutung (Eier, Butter, Schmalz und Milch!).

Ich entdecke eine Website von besorgten Eltern, die gruslige Kinderlieder umdichten. Da wäre so einiges zu tun, denn in diesen alten Liedern gibt es z.B. Rentnerinnen, die im Ofen braten (Hänsel und Gretel), Jäger, die bedrohte Vogelarten abknallen (Kuckucke!), und Todesdrohungen: „Morgen früh, wenn Gott will, wirst du wieder geweckt.“ Solche vorgeblich harmlosen Lieder können ein Kind traumatisieren!

„Hast fein gemacht, hast fein gemacht, drum wirst du auch nicht ausgelacht.“ Auslachen ist etwas ganz Schreckliches. Moderne Eltern singen selbst die Negation dieses Tatbestandes gar nicht erst vor. Auch das nächste Lied verschreckt Kinder bis zur Pubertät. Manche Mütter bekommen laut Website-Forum heute noch Tränen in die Augen, wenn sie es hören: „Schlaf, Kindchen, schlaf. Und blök nicht wie ein Schaf. Sonst kommt des Schäfers Hündelein und beißt mein böses Kindelein.“

Als Kind ist mir gar nicht aufgefallen, was für scheußliche Lieder ich da singe, aber ich bin ja auch im Dunstkreis der schwarzen Pädagogik aufgewachsen: „Ein Mops kam in die Küche und stahl dem Koch ein Ei. Da nahm der Koch die Kelle und schlug den Hund zu Brei. Da kamen viele Möpse und gruben ihm ein Grab. Und setzten ihm ein Denkmal, worauf geschrieben stand :…“ Das Lied beginnt von vorn und könnte auf diese Weise stundenlang dauern. Damit kleine Kinder keine schlaflosen Nächte mehr haben, wurde auch dieses Lied bereinigt: „Ein Mops kam in die Küche und bat dort um ein Ei. Da nahm der Koch die Kelle und gab ihm etwas Brei. Da kamen viele Möpse und riefen laut Hurra. Und setzten ihm ein Denkmal, worauf geschrieben stand….“

Man könnte Lieder, deren Inhalt fragwürdig ist, in der Kinderaufzucht ja auch einfach weglassen. Es gibt schließlich mehr als genug Alternativen. Aber Kinder lieben z.B. das Singspiel „Hoppe, hoppe, Reiter“ über alles. Doch dieser fürchterliche Text: „Wenn er fällt, dann schreit er. Fällt er in den Graben, fressen ihn die Raben. Fällt er in die Hecken, fressen ihn die Schnecken.“

Zartfühlende Eltern singen stattdessen: „Hoppe, hoppe, Reiter, voller Freude schreit er. Fällt er in den Graben, helfen ihm die Raben. Fällt er in die Dornenhecken, grüßen ihn die Schnecken.“ Zugegeben, das Versmaß holpert, aber es dient ja einem guten Zweck: Die Schnecken nagen in der korrigierten Fassung nicht am gestürzten Reiter!

Sicher werden diese „woken“ Eltern ihre Kinder später auch von drastischen Rap-Texten und den Leichen im Vorabend-Krimi fernhalten.

Ich freue mich auf diese sanft und sensibel sozialisierten Kinder, die irgendwann mal eingeschult werden, Hand in Hand auf dem Schulhof spazieren, harmlose Lieder singen, Blumenkränze flechten, Ringelreihen tanzen und die Straßenbäume gießen.

Gabriele Frydrych,
früher Lehrerin an Berliner
Brennpunktschulen und Autorin
von Glossen aus dem Schulalltag.

Mehr Fragen als Antworten

Ergebnisse der Simulation der fächerbezogenen Lehrkräftebedarfe

von Astrid Henke und Matthias Heidn

Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur hat dem Bildungsausschuss am 01.12.2022 die Ergebnisse der Simulation der fächerbezogenen Lehrkräftebedarfe für den Zeitraum 2021 – 2032 vorgelegt (Umdruck 20/474).

Gerne hätten wir den Leser*innen die wesentlichen Ergebnisse dargelegt, um auch gemeinsam mit dem Ministerium darüber nachzudenken, was zu tun wäre, um die Bedarfe zu decken. Leider erzeugen die Ergebnisse mehr Fragen als Antworten. Vier Beispiele:

1. Die Grundannahmen

Wenn Mathematik, Deutsch und Sachunterricht mit vier bis sechs Unterrichtsstunden (U-Std.) in jeder Klasse und Klassenstufe unterrichtet werden und Fächer wie Sport, Musik, Kunst, Biologie im Schnitt mit ein bis drei U-Std., ist dann die Annahme richtig, dass jede Lehrkraft mit 50 Prozent ihrer U-Std. in dem jeweiligen Fach unterrichtet?

Wenn bereits jetzt in den Grundschulen viele Stellen nicht mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt sind, ist dann eine Bedarfsprognose für die kommenden zehn Jahre hilfreich? Wird hier der Bedarf nicht nur kaschiert?

Wenn die Anzahl der U-Std. in den Grundschulen erhöht und das Fach Informatik eingeführt wird, sollte das dann nicht auch Bestandteil der Simulation sein?

2. Fehlende Bedarfssimulationen

An den Förderzentren in Schleswig-Holstein sind über 200 Stellen nicht oder mit Personen ohne Sonderpädagogik-Studium besetzt. Warum ist dann der Bedarf an Sonderpädagog*innen für den Simulator kein Thema? Ähnliches gilt für den Bereich der beruflichen Bildung.

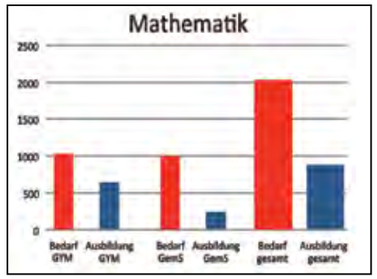
3. Lehramt in der Sekundarstufe

Für die Gymnasien sind in zwölf Fächern mehr Absolvent*innen zu erwarten als benötigt werden, in sechs Fächern werden voraussichtlich auch an Gymnasien die Bedarfe nicht erfüllt werden können. Für die Gemeinschaftsschulen ermittelt das Tool in keinem Fach ausreichende Ausbildungskapazitäten.

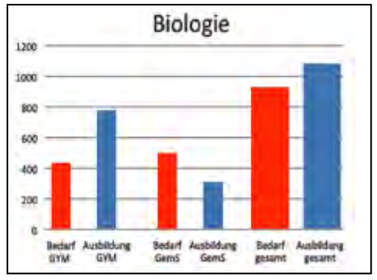
Wie kam es dazu?

Es war einer der gravierendsten Fehler von Bildungsministerin Prien, die Lehrkräfteausbildung im Bereich der Sekundarstufen auf das Gymnasium auszurichten und das gemeinsame Lehramt für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen „einzustampfen“. Wäre der Blick gemeinsam auf beide Schularten gerichtet, könnte der Bedarf in Biologie, Deutsch, Erdkunde, Geschichte, Philosophie, Religion, Spanisch und Sport gedeckt werden. In den Fächern Chemie, Kunst, Mathematik, Musik und Physik käme man ohne besondere Maßnahmen nicht aus. In Wirtschaft/Politik und vor allem in den Sprachen Englisch, Spanisch, Französisch und Latein müsste der Bedarf genauer analysiert werden, um passgenauer auszubilden. Ob wirklich jede Gemeinschaftsschule in den nächsten 10 Jahren im Schnitt mehr als sechs neue Französisch-Lehrkräfte benötigt, muss in Frage gestellt werden.

> In Schleswig-Holstein wird es in den kommenden Jahren gravierende Probleme geben, für den Unterricht genügend fachlich ausgebildete Lehrkräfte zu gewinnen.



Quelle: Landtagsumdruck und eigene Berechnungen



4. Informatik

Informatik soll an über 280 Schulen Pflichtfach werden. Der Ist-Stand an ausgebildeten Lehrkräften liegt nach Schätzung der GEW aktuell im unteren zweistelligen Bereich. Der aktuelle Bedarf wird über Weiterbildung gedeckt. Für die nächsten 10 Jahre geht die Simulation von 38 einzustellenden Lehrkräften an Gymnasien und von 35 Lehrkräften an Gemeinschaftsschulen aus. Kann das wirklich ausreichen? Mit 60 Studienplätzen in Kiel, von denen jeweils fünf bis zehn im Masterstudiengang noch vorhanden sind, ermittelt die Simulation mit 159 Prozent sogar ein Überangebot!?

Nichtsdestotrotz:

Richtig bleibt: In Schleswig-Holstein wird es in den kommenden Jahren gravierende Probleme geben, für den Unterricht genügend fachlich ausgebildete Lehrkräfte zu gewinnen.

Erschreckend ist der enorme Bedarf z.B. in Mathematik an Grundschulen, aber auch in den musischen Fächern.

Erschreckend ist die Planlosigkeit des Ministeriums in Bezug auf die Lehrkräftegewinnung für die Gemeinschaftsschulen.

Erschreckend ist aber auch, dass das Ministerium keine Simulation für die berufsbildenden Schulen und die Förderzentren durchgeführt hat.

Gut, dass der Bildungsausschuss das Ministerium zur Veröffentlichung der Zahlen gezwungen hat. Vermutlich wären sie sonst noch länger unter Verschluss gehalten worden – alle Nachfragen von GEW oder Personalräten nach den Ergebnissen der Bedarfsberechnung sind bisher ignoriert worden.

Astrid Henke,
Landesvorsitzende der GEW
Matthias Heidn,
Leiter der AG Bildungsfinanzierung

GEW-Bildungstag am 23. März 2023 //

Schule unter besonderen Herausforderungen

von Kerstin Quellmann und Tamara Reichmann-Niemann

Die Coronapandemie ist am Auslaufen. Schulen kehren zur Normalität zurück. Wirklich? Was ist Normalität nach Corona? Finden wir zu einer neuen Normalität? Und wie wird sie aussehen?

Fakt ist, Corona hat Probleme in Schulen verschärft. Auch vorher arbeiteten wir mit Kindern und Jugendlichen mit Lern- oder Motivationsproblemen. Es begegneten uns zunehmend Kinder mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten. Die Kommunikation mit Elternhäusern war teilweise schwierig. Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von sozialer Herkunft wurde bemängelt. Lehrkräfte aller Schularten litten unter Arbeitsverdichtung und Fachkräftemangel. Und schon vor den coronabedingten Schulschließungen haben wir Schüler*innen mit Schulangst und Depressivität gehabt. Die Zahl dieser Kinder und Jugendlichen hat sich aber nun vervielfacht und auch in anderen Bereichen sind die Probleme komplexer geworden.

Viele dieser Herausforderungen werden uns langfristig weiter begleiten. Die Antwort der Bildungspolitik lautet vielfach, wir brauchen mehr Diagnostik, mehr Lernzielkontrolle, mehr vergleichbare Lernleistungen. Es wird die Frage gestellt: „Was kann das Kind?“ In den Schulen stellen wir aber fest: Die Probleme liegen oft woanders. Corona bedeutet für viele Kinder und Jugendliche eine komplette Veränderung ihrer bisherigen Erfahrungen. Die primäre Frage muss daher lauten: „Wie geht es dem Kind?“ Und auf dieser Antwort gründet sich die pädagogische Arbeit.

Im Blick behalten müssen wir unter diesen Bedingungen auch unsere eigene Belastung. Eine gestresste Lehrkraft kann keine stabile Stütze für Kinder und Jugendliche sein, eine überbelastete Lehrkraft keinen Unterricht vorbereiten, der den Herausforderungen angemessenen ist.

Nicht alle diese Probleme können wir aus eigener Kraft lösen. Um uns gegen die weiter zunehmende Arbeitsverdichtung zu wehren und dem Fachkräftemangel zu begegnen, brauchen wir eine starke Gewerkschaft. Gemeinsam setzen wir uns für Verbesserungen ein!

Was wir individuell entwickeln können, ist unsere eigene Professionalität, um im Umgang mit diesen Herausforderungen souveräner zu werden.

Dieser Bildungstag unter dem Motto „Schule unter besonderen Herausforderungen“, ursprünglich bereits für 2020 geplant, ist aktueller denn je. Die vorgesehene Thematik, Umgang mit herausforderndem Verhalten, stellt sich heute, nach den Coronajahren, noch intensiver und umfassender dar. Auf jeder schulischen Arbeitsebene zeigen sich vielfältige Handlungsbedarfe. Deshalb haben wir versucht, ein inhaltlich breit aufgestelltes Programm zu entwickeln.

Kerstin Quellmann,
Stellvertretende Vorsitzende der GEW
Tamara Reichmann Niemann,
Vorsitzende der FG Grundschulen

> Wir laden euch herzlich ein zum GEW-Bildungstag am 23.03.2023 im Veranstaltungszentrum Kiel (ehemals Sparkassenakademie).
>
> Unter der Webadresse www.gew-sh.de/veranstaltungen findet ihr immer die aktuellsten Informationen zu Ablauf und Programm.
>
> Wir freuen uns auf euch und auf einen spannenden Tag mit vielen Erkenntnissen und gewinnbringenden Diskussionen.

Bildungstag – Vortrag und Workshops

Vortrag Prof. Dr. Armin Castello:
Pädagogisches Handeln
bei Schulangst und Depressivität
mit anschließender Diskussion

23. März 2023

In seinem Vortrag geht Prof. Dr. Armin Castello der Frage nach, wie pädagogisches Handeln bei Schulangst und Depressivität aussehen kann und zeigt Handlungsoptionen für Lehrer*innen auf. Im anschließenden World Café wollen wir eure Expertise aus dem schulischen Alltag mit den Impulsen aus dem Vortag verbinden. Neben spezifischen Fragestellungen wird es auch um bildungspolitische Themen gehen. Somit habt ihr hier die Möglichkeit, eure Erfahrungen in unsere gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit einfließen zu lassen.

Darüber hinaus freuen wir uns auf folgende Workshopangebote (Stand 6. Januar 2023):

Eric Matern:
Trauma im Kontext Schule
Traumatisierte Kinder und Jugendliche brauchen Halt und Geborgenheit. Wir leben in ausgeprägt schnelllebigen Zeiten und werden mit einer Vielfalt an Herausforderungen konfrontiert. Dies zieht vielenorts Überforderungen, Ausweichverhalten und auch Extremverhalten nach sich. In diesem Workshop geht es sowohl um den methodischen Umgang mit dem Ort Schule als „Äußerer Sicherer Ort“ als auch um den eigenen Umgang mit erlebten An- und Überforderungen.

Finja Sander:
Resilient bleiben als Lehrkraft
Lehrkräfte sind unterschiedlichen äußeren und inneren Anforderungen ausgesetzt und es braucht genügend Ressourcen, diesen Anforderungen gelassen gegenüberzustehen und langfristig in Balance zu bleiben. In diesem Workshop erfahren die Teilnehmer*innen, wie sie Ihre Resilienz in Bezug auf ihre Ressourcen bewahren können. Außerdem gibt Finja Sander Impulse, wie sich Resilienz langfristig stärken lässt.

Melanie Hubermann:
Neue Autorität
Durch die neue Autorität soll Kindern eine Struktur gegeben werden, die eine bleibende Sicherheit gibt. Durch Präsenz der Bezugspersonen und ihren gewaltfreien Widerstand werden die Struktur und der sichere Hafen für die Kinder erhalten. Es wird nicht mit Distanz und Furcht gearbeitet, sondern mit Nähe und Beziehung; nicht mit sofortiger Bestrafung gearbeitet, sondern mit Deeskalation und Beharrlichkeit.

Das Kollegium sieht sich und arbeitet als Unterstützer*innen-Netzwerk, das Sicherheit gibt und somit die persönliche Autorität des Einzelnen stärkt. Jede*r Kollege*in hat ihren ganz eigenen Handlungsspielraum und Wirkungsbereich und alle zusammen handeln nach der gleichen, gemeinsam entwickelten Idee. Die gegenseitige Unterstützung der Kolleg*innen steht dabei im Fokus.

Adelheid Lücke:
Ich schaff’s-Programm
„ich schaff’s“ ist, wenn Menschen …

- durch die Begegnung auf Augenhöhe den Aufbruch zu neuen Abenteuern wagen
- mit Lust am Lernen neue Fähigkeiten entwickeln
- durch die Konzentration auf Stärken für ihre Ziele ermächtigt werden
- im gemeinsamen Tun Freude und Zuversicht erleben
- mit Kraft und Leidenschaft Hindernisse überwinden
- jeden Alters eine gemeinsame Sprache der Lösungsorientierung sprechen

Thomas Pletsch:
Ohne Eltern geht es nicht.
Zusammenarbeit mit Eltern in Schule
Familien, deren Kinder in Schulen als problematisch definiert werden, fühlen sich häufig stigmatisiert, ausgegrenzt und alleingelassen. Oft entwickeln sie ein Selbstbild: „Wir sind mal wieder die mit dem schwierigen Kind“. Umgekehrt haben Professionelle in Schulen immer wieder den Eindruck, Familien für eine konstruktive Zusammenarbeit nicht erreichen zu können. Eine Dynamik der gegenseitigen Enttäuschungen. Schon seit Jahren werden multifamilientherapeutische Modelle auf die Praxis in Schulen angewendet. Dabei geht es darum, die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule zu stärken und tragfähige Strukturen zu etablieren. Dieser Workshop skizziert bewährte und praxistaugliche Möglichkeiten, mit Familien in Schule zu arbeiten. Die Struktur von FiSch-Familie in Schule wird praxisnah dargestellt, ebenso gibt es Impulse zu den Themen „Grundhaltung“ und „Scham“ in der Elternarbeit.
Weitere Workshops sind in Planung!

Foto: Schülerschule

Schülerschule Pinneberg: Mehr Geld für Beschäftigte

Tarifabschluss in schwierigen Zeiten

von Philipp Westphal

Die GEW hat die Tarifverhandlungen mit dem Vorstand der Schülerschule erfolgreich abgeschlossen. Die Gehälter der Beschäftigten steigen im Mai 2023 um drei Prozent. Außerdem erhalten die Beschäftigen zwei steuerfreie Inflationsprämien in Höhe von jeweils 775 Euro.

Die Schülerschule in Pinneberg-Waldenau ist eine staatlich anerkannte Schule in der freien Trägerschaft eines Elternvereins mit dem Schwerpunkt Inklusion. Sie existiert seit 1985. Zwischen der GEW Schleswig-Holstein und der Schülerschule gibt es seit vielen Jahren einen Haustarifvertrag. Die diesjährigen Tarifverhandlungen fanden unter besonders schwierigen Bedingungen statt. Auf der einen Seite machten die hohe Inflation und die drastisch gestiegenen Energiekosten einen deutlichen Gehaltszuwachs für die Beschäftigten dringend erforderlich. Auf Arbeitgeberseite führen aber gerade die hohen Energiekosten zu enormen finanziellen Belastungen, deren Ende noch nicht absehbar ist, obwohl die Politik Hilfen in Aussicht gestellt hat. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage führten die GEW-Tarifkommission und der Vorstand der Schülerschule die Gespräche in einer sehr konstruktiven Art und Weise. Als Ergebnis dieser Verhandlungen steigen die Gehälter

Gespräche in einer sehr konstruktiven Art und Weise

an der Schülerschule nun zum 1. Mai 2023 um drei Prozent. Zusätzlich erhalten die Beschäftigten zwei steuerfreie Einmalzahlungen von jeweils 775 Euro, eine im Dezember 2022 und eine im April 2023. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten vom 1. August 2022 bis 31. Juli 2023.

Von dem Tarifabschluss profitieren Lehrkräfte, Erzieher*innen, Verwaltungsangestellte, Hausmeister*innen und die übrigen Beschäftigte des Arbeitskreises Schülerschule e.V. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, durch gute Tarifabschlüsse den Abstand zum öffentlichen Dienst etwas zu verringern. Der diesjährige Abschluss bringt eine vergleichbare Steigerung der Gehälter wie im öffentlichen Dienst (2,9 % ab Dezember 2022). Der wegen der hohen Inflation eigentlich notwendige Gehaltszuwachs konnte aber leider nicht erreicht werden. Die Schülerschule als Schule in freier Trägerschaft liegt mit ihren Gehältern nach wie vor teils deutlich unterhalb des Niveaus des öffentlichen Dienstes.

Die vereinbarte Steigerung der Gehälter war aber aufgrund der schwierigen Ausgangsbedingungen keine Selbstverständlichkeit. Der Tarifabschluss ist somit auch das Ergebnis des Einsatzes der GEW-Kolleg*innen in der Tarifkommission.

Mehr Informationen zur Schülerschule: www.schuelerschule.de

Philipp Westphal,
hauptamtlicher GEW-Referent
für Tarifarbeit

Vielfalt leben – Inklusion gestalten

28. GEW-Fachtagung für Sozialpädagogische Berufe

Foto: GEW SH

Am 19. November fand die 28. GEW-Fachtagung für Sozialpädagogische Assistent*innen, Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen in den Holstenhallen in Neumünster mit über hundert interessierten sozialpädagogischen Fachkräften statt.

Unter dem Motto „Vielfalt leben – Inklusion gestalten. Nur „Lust und Motivation“ alleine reichen nicht!“ machte Prof. Dr. Michaela Rißmann von der Fachhochschule Erfurt deutlich, dass die Politik gefordert ist, die nötigen Rahmenbedingungen für eine inklusive frühkindliche Bildung bereit zu stellen. Die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Franziska Hense brachte die Probleme auf den Punkt und forderte von der Landesregierung dringend Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen in den Kitas: „Das neue Kita-Gesetz hat sicherlich einiges gebracht: nur nicht eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Verfügungszeiten sind zu knapp bemessen, Fehltage sind zu knapp berechnet, Kita-Leitungen haben nicht genügen Freistellung, Gruppen sind zu groß! Die Landesregierung muss das Kita-Gesetz grundlegend überarbeiten!“

Die Bemühungen der schwarz-grünen Landesregierung stellte Staatssekretär Johannes Albig aus dem Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung vor. Albig griff die Kritik der GEW auf, dass bisher Entscheidungen oft ohne Beteiligung der Beschäftigten und deren Interessensvertretung getroffen wurden und sagte ein Gespräch mit der GEW zu.

Die GEW wird sich in diesem Gespräch und auch sonst weiter für die notwendigen Verbesserungen der Arbeitsbedingung in den Kitas und der sozialen Arbeit stark machen.

Verschiedene Workshops rundeten den erfolgreichen 28. GEW Erzieher*innen in Neumünster ab.

GEW SH

Treffen der Senior*innen

KV Plön, GEW-Jubiliare

von Christiane und Luzian Karczewski

von links nach rechts: Klaus Gollwitzer, Dirkwalter Baedke, Regina Glacer-Günther, Christa Juergens, Hilke Martinsen-Hamann und Christiane Karczewski

Fast ein Jahr ist vergangen, doch die Hoffnungen auf bessere Zeiten haben sich nicht erfüllt: Corona, „Kriegsgefahr“, Energiekrise, hohe Inflation. Wir Seniorenvertreter sorgten zusammen mit dem KV Plön für einige unbelastete Stunden.

Wir trafen uns im April zu einem Mittagsimbiss am Schönberger/Stakendorfer Strand und fuhren zusammen mit Senior*innen aus dem Kreis Ostholstein zur NordArt nach Büdelsdorf. Vorab stärkte man sich im Restaurant Brückenterrassen in Rendsburg.

Zum Jahresabschluss luden wir traditionell zum Adventstreffen am 06.12.2022 ins „Alte Fährhaus“ nach Plön ein. Christiane musste die knapp 30 Gäste allein willkommen heißen, da Luzian aus seiner Reha nur aus der Ferne grüßen konnte.

Mit einer Gedenkminute gedachten die Mitglieder unser kürzlich verstorbenen, langjährigen Mitglieder Friderike Düsedau, Gisela Schünke und Birgit Vogler. In regem Gedankenaustausch spazierten wir zur Kunstaustellung der Touristen Information, wo auch kleine Weihnachtsgeschenke oder interessante Prospekten zu erhalten waren. Im nahen Fährhaus kam man zum nächsten Anliegen.

Die Ehrung der GEW – Jubilare

Von den 14 Kolleg*innen waren Joachim Schuldt für 55 Jahre, Christiane & Luzian Karczewski für 50 Jahre und Gisela Rinck für 40 Jahre Mitgliedschaft am 09.09.2022 auf der „Stadt Kiel“ vom KV Plön geehrt worden.

Am Nikolaustag waren fünf weitere Jubilar*innen erschienen (siehe Foto).

Geehrt und beschenkt mit Urkunde, Buchgutschein und / oder „Plöner Rotem“ wurden Christa Juergens und Klaus Gollwitzer für 50 Jahre, Hilke Martinsen – Hamann und Dirkwalter Baedke für 40 Jahre sowie Regina Glacer-Günther für 30 Jahre Treue zur GEW! Per Post gehen Glückwünsche mit Urkunde – von der GEW Landesvorsitzenden unterschrieben – plus Buchgutschein an: Hilmar Bieger für 55 Jahre Mitgliedschaft in der GEW, Gabriele Killig für 45 Jahre, Armin Liebscher für 50 Jahre, Christiane Fouquet für 40 Jahre und Johannes Callsen für 25 Jahre.

Mit einem Heinz Erhardt-Gedicht verabschiedete Christiane die Erschienenen, und, wünschte eine wieder bessere Zeit 2023.

Christiane & Luzian Karczewski,
die Seniorenvertreter des
GEW-Kreisverbandes Plön

Mangelhafter Lärmschutz in fast allen Schulgebäuden

GEW-Online-Treffen wirbt für Arbeits- und Gesundheitsschutz

von Klaus Saß

Ursula Wendlandt hatte zu einem GEW-Online-Treffen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz (AuG) , einem vielfach missachteten Thema in Schule und Verwaltung, eingeladen. Die angemeldeten Teilnehmer*innen versprachen sich von Birgit Mills und Matthias Heidn einen informativen und sachkundigen Ausflug in die Thematik. Und sie wurden nicht enttäuscht.

Über eine gelungene Präsentation referierte Birgit zu den wichtigsten Gesetzen und Bestimmungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Zwischenfragen der Teilnehmer*innen wurden zugelassen, so dass sich der Kollege Peter Andresen ausführlich vom mangelhaften Lärmschutz in den Räumen fast aller Schulgebäude berichten konnte. Im Anschluss bot er in vielfältiger Weise seine Hilfe zu den veröffentlichten Schriften an. Sogar sein persönliches Erscheinen in den Schulen hatte er als Angebot parat - die nötigen Messgeräte schon in der Tasche. Matthias Heidn referierte in gewohnt informativer Weise ergänzend und weiterführend zum Thema „Erreichbarkeit“.

Die Themen BEM (Betriebliches Eingliederungsmanagement) und Gefährdungsbeurteilung wurden als weitere Beispiele genannt, mit denen „vor Ort“ Kolleg*innen den Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Bildungseinrichtungen auf die Tagesordnung setzen können. Nicht vor der großen Aufgabe kapitulieren, sondern mit kleinen Schritten anfangen – das war der Ratschlag der Referent*innen.

Mit großer Skepsis wurde die Information aufgenommen, dass die Landesregierung im Jahr 2023 eine weitere Befragung der Landesbeschäftigten zum AuG plant, obwohl im Schulbereich die notwendigen Schritte nach der 1. Statuserhebung bisher kaum umgesetzt wurden.

Die Buchung der Online-Veranstaltung wird anderen Kreisverbänden sehr empfohlen, da die umfassenden Informationen, die in der Veranstaltung vermittelt werden, direkten Einfluss für die Arbeit in den Schulen haben können.

Foto von Tinnitus-Selbsthilfe-Rendsburg

Tinnitus: Phantomgeräusche im Kopf – Diese 3m hohe Kinder-Rutsche durch den Gehörgang mündet an den Halswirbeln.

Zwei Stimmen von Teilnehmern zum Thema der Online-Veranstaltung

Peter Andresen,
Experte für Tinnitus-Erkrankte.
„Weitergehende und ausführliche Informationen sind über www.tinnitus-rendsburg.de und persönlich an peterh.andresen@t-online.de zu erhalten“

Benjamin Pape, BPR-Mitglied:
*„Das Thema Erreichbarkeit ist für mich im Laufe der Digitalisierung immer wichtiger geworden. Ich gebe den Eltern mittlerweile Telefonuhrzeiten und auch –tage vor, an denen ich erreichbar bin und sage auch deutlich, an welchen Tagen ich eben nicht zu sprechen bin. Das klappt soweit ganz gut und entspannt mich, weil ich mich nicht ständig auf Abruf befinde. Dass dieses Thema auch für meine Kolleg*innen bedeutsam ist, nehme ich aus der Sitzung von gestern für eine kommende Personalversammlung* mit.“

Die unbeantwortete Frage blieb:
Will die Landesregierung ein Heer von kranken Lehrerinnen und Lehrern, die neben ihrer verdichteten Arbeit auch noch mit unzumutbarem Lärm zu kämpfen haben?

Die GEW bleibt beim Thema weiter am Ball und wird sich weiter für Verbesserungen einsetzen.

Klaus Saß,
Mitglied im Leitungsteam des Vorstandes
des GEW-Kreisverbandes
Rendsburg-Eckernförde

Kurz & knackig

Tipps, Hinweise und Termine

Politischer Aschermittwoch in Rendsburg

Der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde lädt zu seinem traditionellen Politischen Aschermittwoch ein. Die bildungspolitischen Sprecher*innen von CDU, Grüne, SPD, FDP und SSW diskutieren zusammen mit der GEW-Landesvorsitzenden Astrid Henke die Bildungsvereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag. Moderation: GEW-Landesgeschäftsführer Bernd Schauer.
Wann? Mittwoch, den 22.02.2023, 19 bis 21 Uhr, Einlass ab 18.30 Uhr
Wo? Hohes Arsenal im Kulturzentrum Rendsburg, Arsenalstraße 2-10, 24768 Rendsburg
Gäste aus anderen Kreisverbänden sind willkommen.

GEW-Tarifrunde 2023

Wie kommen die Planstellen an die Schulen?

Wer entscheidet, wie viele Planstellen an die Schulen kommen?
Woher kommen die Planstellen her?
Soll der Bedarf gedeckt werden?

Solche Fragen wollen wir am 14.03.2023, 17 bis 19 Uhr, in einer Online-Sitzung der AG Bildungsfinanzierung besprechen. Als Experte steht uns Martin Zacharias zur Verfügung.

Anmeldungen werden erbeten bis 10.03.2023 an info@gew-sh.de.

EUGH urteilt über Streikrecht von Beamt*innen

12 Jahr ist es her: Gegen die Pflichtstundenerhöhungen und Stellenstreichungen durch die schwarz-gelbe Landesregierung gehen tausende GEW- Kolleg*innen am 3. Juni 2010 während der Unterrichtszeit auf die Straße. Das Bildungsministerium reagiert mit Verweisen und Disziplinarmaßnahmen.
Am 01.03.2023 wird der Europäische Gerichtshof entscheiden, ob Beamt*innen in Deutschland gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wie z.B. die Erhöhung der Arbeitszeit oder für Verbesserungen der Bedingungen oder Gehälter auch streiken dürfen. Eine spannende Entscheidung für die Gewerkschaften und die Beamt*innen hierzulande.

Internationaler Frauentag am 8. März

„Wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten!“ lautet das diesjährige Motto des DGB für den internationalen Frauentag am 8. März. Mit 13 Forderungen für eine Fachkräftesicherung mit Geschlechterperspektive tritt er aktiv an Politik und Gesellschaft heran.

Das traditionelle Flensburger Frauenfrühstück findet am 5. März 2023 im Flensborghus statt.

DGB frauen

Gelbe Hand hilft Berufsschullehrkräften

Die Gelbe Hand ist eine Fundgrube für Berufsschullehrkräfte: Wer aktiv werden will für Demokratie und gegen Hate Speech, Rassismus, Diskriminierung oder Rechtsextremismus findet auf der Homepage des Vereins Unterrichtsmaterial, Filme, Broschüren, Wettbewerbe und ebenso Workshops sowie Vorträge (auch inhouse). Der von den acht DGB-Gewerkschaften getragene Verein wurde 1986 von der Gewerkschaftsjugend unter dem Motto „Mach meinen Kumpel nicht an“ gegründet.

8. März + + + Internationaler Frauentag am 8. März + + + 8. März

Notizen

aus dem Gewerkschaftshaus

Foto: GEW SH

von Bernd Schauer
Geschäftsführer der GEW Schleswig-Holstein

Mittwoch, 7. Dezember 2022
Tanke statt Lehrerzimmer

Dass ältere Schüler*innen – unerlaubterweise – große Pausen nutzen, um sich bei der gegenüberliegenden Tankstelle der Anna-Nym-Schule für die restlichen Stunden des Vormittags zu stärken, gehört zum Alltag. Dass nunmehr aber in großer Zahl Lehrer*innen auf demselben Weg pilgern, ist neu. Der Wunsch nach einem heißen Kaffee treibt sie aus dem Lehrerzimmer zur Tanke, wie uns eine Kollegin glaubhaft berichtet. Aufgrund von Umbauarbeiten wegen eingefrorener Wasserleitungen, das sind die Ursachen. Nur um ein Gerücht handelt es sich allerdings, dass der Tankstellenbesitzer von heute auf morgen sein Kaffee-Angebot vom Pott Kaffee über Cappuccino bis hin zum Chai Latte Macchiato mit Hafermilch ausgeweitet hat.

Mittwoch, 14. Dezember 2022
Helfende Hände

Im Landtag geht es um die sogenannten „Helfenden Hände“ für die Kitas, also zusätzliches Personal für nicht-pädagogische Aufgaben. Dagegen spricht erst einmal nichts. Warum sollen nicht „Helfende Hände“ zum Beispiel die Essensausgabe oder das tägliche Aufräumen übernehmen? Da in den Kitas aber vor allem Fachkräfte fehlen, drängt sich der Verdacht auf: Die „Helfenden Hände“ sollen eine ständige „Ersatzreserve“ für das pädagogische Personal bilden. Fehlende berufliche Qualifikation? Massive Abwertung der pädagogischen Berufe in den Kitas? Weniger qualifizierte Förderung von Kindern? „Macht nichts“, sagt die Politik. Dabei lässt sich die Krise in den Kitas nur mit gut ausgebildetem Personal und guten Arbeitsbedingungen bei guter Bezahlung bewältigen.

Donnerstag, 15. Dezember 2022
Simulation

Heute erreicht uns eine Medienanfrage, wie aus GEW-Sicht die jüngste Simulation des Lehrkräftebedarfs durch das Bildungsministerium einzuschätzen sei. Das Positive: auch das Bildungsministerium spricht nun immer deutlicher von Lehrkräftemangel. Das ist schon ein gewaltiger Fortschritt, warf uns die Bildungsministerin doch noch zu Beginn ihrer Amtszeit Panikmache vor. Aber nicht jede Annahme der Simulation ist nachvollziehbar. So geht die Simulation davon aus, dass Lehrkräfte ihre beiden Fächer jeweils mit gleicher Pflichtstundenzahl unterrichten, sicherlich eher eine Ausnahme als die Regel. Denn in der Schulrealität geht es darum, wie viele Stunden tatsächlich in welchem Fach benötigt werden. In Mangelfächern dürften die Lehrkräfte auch fast immer über die angenommenen fünfzig Prozent kommen.

Freitag, 23. Dezember 2023
Keine Mützen für die Polizei

Glücklich schätzen dürfen Lehrer*innen sich darüber, keine Uniform tragen zu müssen. Sonst stünden sie jetzt womöglich vor demselben Problem wie die Kolleg*innen von der Polizei. Denen drohen nämlich die Dienstmützen auszugehen, wie ich beim Aufräumen in einem älteren Bericht noch einmal nachlesen kann. Der Ukraine-Krieg hat auch die Lieferketten für Polizei-Dienstmützen in Mitleidenschaft gezogen. Die Lieferzeit beträgt bis zu einem Jahr. Das heißt für unsere GdP-Kolleg*innen: Obacht! Sorgfältig mit den Mützen umgehen! Bei Beschädigung oder Verlust erscheint ein Ersatz fraglich. Unsere Schwestergewerkschaft wittert daher Gefahr für das „akkurate Auftreten“ der Polizist*innen. Wir schlagen vor: Nehmt doch eure GdP-Mützen. Die sehen super-akkurat aus.

Montag, 9. Januar 2023
Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) wird in Zukunft Lehrende in Schulen und Hochschulen vor gewaltige Herausforderungen stellen. Masterarbeiten, Bachelorarbeiten, Hausarbeiten, Referate, Hausaufgaben werden vermeintlich intelligente Programme mühelos produzieren können, meistens, zumindest sprachlich, besser als die ursprünglichen Produzent*innen in Seminarräumen und Klassenzimmern. Vor diesem Hintergrund erscheinen Interview-Äußerungen von Bildungsministerin Karin Prien zum Einsatz von KI zur Korrektur von Tests und Hausaufgaben in einem anderen Licht. Warum nicht? Wenn Schüler*innen für ihre Hausaufgaben KI nutzten, warum dann nicht auch Lehrer*innen für deren Korrektur? Dann korrigiert eben die eine Maschine das, was die andere produziert hat.

Dienstag, 10. Januar 2023
How to deutsch ready

Ich hätte auf den Rat meiner jungen Kollegin hören sollen: locker bleiben und über gewerkschaftliches Sprachpanschen hinweg sehen. Das hat aber nicht geklappt. „How to gewerkschaftliche Hochschulgruppe“ als Ankündigung eines DGB-Qualifizierungsseminars treibt meinen Puls in die Höhe. Dieses Seminar mag bestimmt zu vielem qualifizieren, zum angemessenen Sprachgebrauch wohl nicht. Dazu passt ein Radiobericht zur Energiepolitik in einem seriösen Radiosender wie NDR-info, der von „Wasserstoff ready“ spricht. Unerreicht bleibt aber die Werbung eines Hotels aus St. Peter-Ording: „ Leere Strände. Lucky you! …Hop on the Road to Strand & Nordsee... Get relaxed! …Get around! Bereit, mit uns über Regenbögen zu rutschen? Get your Rainbowhunt now!“

Impressum

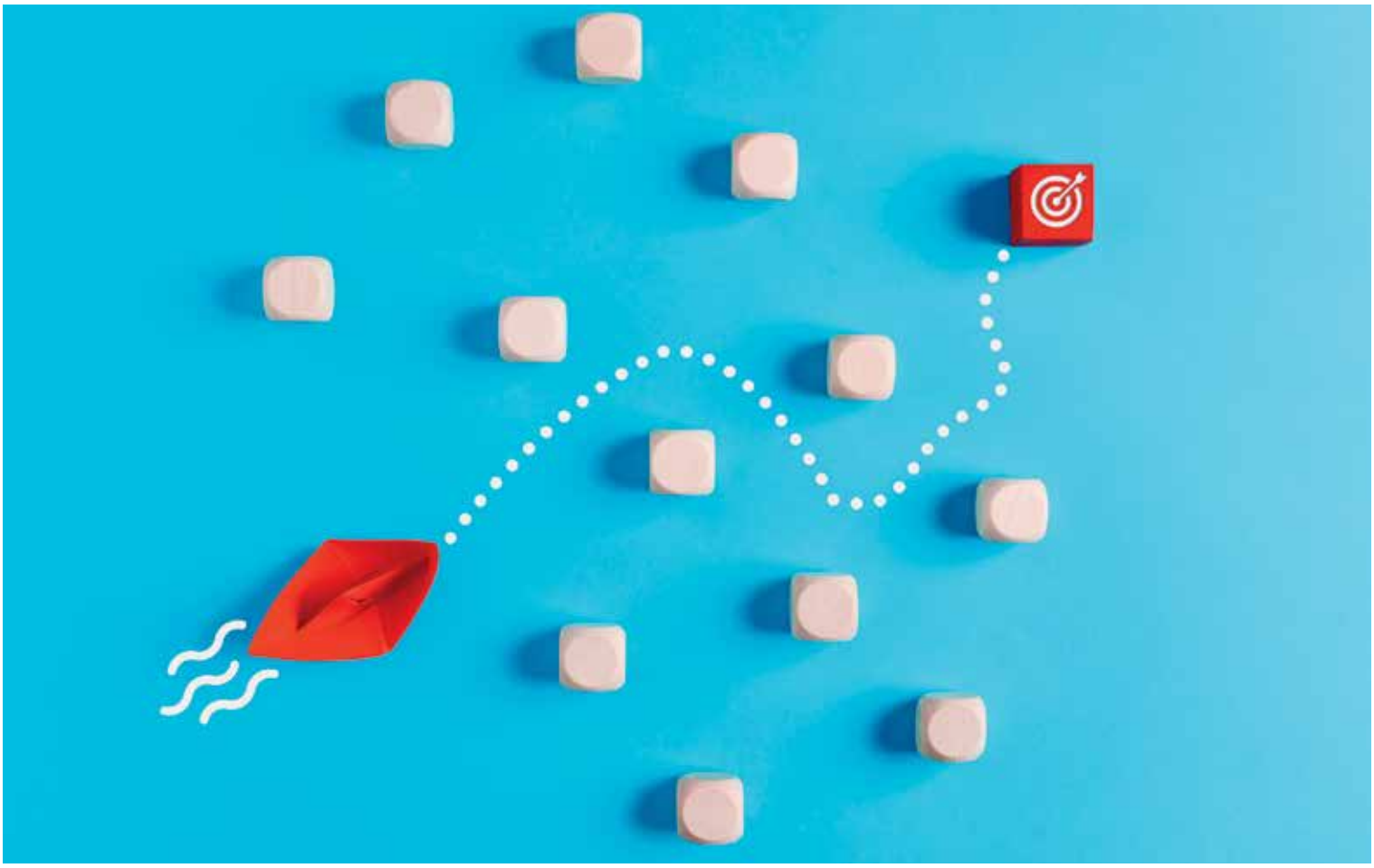
Herausgeberin und Verlag:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
LV Schleswig-Holstein,
Legienstr. 22, 24103 Kiel,
Tel.: 0431-5195-150, Fax: 0431-5195-154
www.gew-sh.de, E-Mail: info@gew-sh.de
Schriftleitung: Matthias Heidn,
Tel.: 04194-980226, heidn@gew-sh.de
ISSN 0943-3538
Redaktionschluss:
jeweils der 5. des Vormonats
Gestaltung: bleifrei Texte + Grafik
Druck: nndruck, Kiel, info@nndruck.de

Für GEW-Mitglieder ist der Bezugspreis im Beitrag enthalten. »Bildung zwischen den Meeren« erscheint 10 x jährlich (im Januar und August keine Ausgabe). Adressänderungen und Anliegen richten Sie bitte direkt an den Landesverband der GEW. Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor.

Hinweis: Die Drucklegung dieser Ausgabe erfolgte am 16.01.2023. Für aktuelle Entwicklungen verweisen wir auf die Homepage der GEW: **www.gew-sh.de**

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Schleswig-Holstein

GEW-BILDUNGSTAG



SCHULE UNTER BESONDEREN HERAUSFORDERUNGEN

Vortrag: Pädagogisches Handeln bei Schulangst und Depressivität
Prof. Dr. Armin Castello, Uni Flensburg

Workshops: Ich schaff's Programm I Ohne Eltern geht's nicht! Zusammenarbeit mit Eltern in Schule I Trauma im Kontext Schule I Resilienz für Lehrkräfte I Neue (verbindende) Autorität

WANN? 23. März 2023, 9:00 - 17:00 Uhr
WO? Veranstaltungszentrum Kiel, Faluner Weg 2, 24109 Kiel
ANMELDUNG: www.gew-sh.de/veranstaltungen
TEILNAHMEBEITRAG: 30 Euro I GEW-Mitglieder kostenfrei